

**Sonderdruck:
Die Wahl
zur Bremer
Bürgerschaft
1995**

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Wählen – doch vor allem unsere sozialen und politischen Interessen verteidigen!

Wir stehen in Bremen vor vorgezogenen Bürgerschaftswahlen. In der vorzeitigen Auflösung des Bremer Landtages spiegeln sich die wirtschaftlich und sozial zugespitzten Verhältnisse im Bundesland Bremen wider. Ausdruck dieser Tatsache ist auch, daß sich erstmals Mitglieder des rechten Flügels der SPD und Gewerkschafter von ihrer Partei losgesagt haben und mit einer eigenen Liste zur Wahl antreten, mit dem Sparkassenvorstand Rebers an der Spitze als Wählervereinigung »Arbeit für Bremen und Bremerhaven« (AfB). Was liegt diesen für Bremen neuen Erscheinungen zugrunde?

In Bremen wie woanders auch: Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau

Eine große Sorge der Menschen ist die Zukunft ihrer Arbeitsplätze. Die Erfahrung mit Arbeitslosigkeit oder ungesicherten Arbeitsplätzen haben viele Menschen in Bremen selbst oder bei Bekannten und Verwandten gemacht. Zwar gibt es Betriebe und Unternehmen, bei denen die Konjunktur momentan zu greifen scheint, aber auch diese bieten keine Hoffnungen auf neue Arbeitsplätze. Den arbeitslosen Industriearbeitern aus Bremerhaven nutzt beispielsweise der leichte Anstieg an Arbeitsplätzen im Bremer Dienstleistungsbereich wenig.

In der Industrie hat in den vergangenen Jahren der größte Abbau stattgefunden – gerade in letzter Zeit wieder sind viele weitere Arbeitsplätze bedroht. Einige Beispiele:

- ◆ Die DASA-Beschäftigten sind durch öffentliche Äußerungen ihres Vorstandsvorsitzenden Schrempf und ihres Gesamtbetriebsratsvorsitzenden zu den Auswirkungen des sinkenden Dollarkurses verunsichert.
- ◆ Atlas Copco wird geschlossen
- ◆ AEG möchte den Traditionsbetrieb Lloyd Dynamo loswerden – das bedeutet entweder den Verkauf von Betriebsteilen oder völlige Schließung.

- ◆ Der Konkurs der Wilkens Bremer Silberwaren wird den Verlust von mindestens 200 Arbeitsplätzen nach sich ziehen.
- ◆ 3 000 Arbeitsplätze hat allein Daimler in den letzten zwei Jahren abgebaut.

Auch die traditionellen Bremer Wirtschaftszweige Häfen und Werften bieten keine Perspektive in Bezug auf Arbeitsplätze. Bei den Werften steht weiterhin Arbeitsplatzvernichtung an, die bremischen Häfen verlieren an Bedeutung.

Die Arbeitslosenquote in der Stadt Bremen beträgt offiziell 12,7 Prozent, in Bremerhaven 18 Prozent, auch die Langzeitarbeitslosigkeit ist hier sehr hoch. Und für diejenigen, die ihren Arbeitsplatz behalten, wird die Arbeit verdichtet. Die gesundheitlichen Belastungen, physisch und psychisch, steigen, das hat Auswirkungen bis in die Familie hinein.

Am 15. März haben Kolleginnen und Kollegen von drei Werften und einigen anderen Metallbetrieben gegen Arbeitslosigkeit demonstriert – die zuständigen Politiker kamen nicht.

Betroffen sind die Menschen auch von den Folgen der schwierigen Finanzlage des Landes Bremen. Zwanzig Jahre »Sparpolitik« haben ihre Spuren in allen öffentlichen Einrichtungen hinterlassen: Gebühren steigen, während sich gleichzeitig Leistungen verschlechtern – trotzdem ist die Verschuldung Bremens bis zum Jahre 1994 immer weiter gestiegen.

Für die 17 Milliarden Schulden betragen die jährlichen Zinsen ein Viertel der Steuereinnahmen. Was die Banken kassieren, kann nicht für die Lebensqualität der Bevölkerung verwendet werden: Ob es um Schwimmbäder, Büchereien, um die Schülerzahlen in den Klassen, um Krankenhäuser oder Sozialeinrichtungen, um kulturelle Projekte geht – die Senatoren verweisen auf die knappen Haushaltsmittel.

Bremen hat vom Bundesverfassungsgericht 9 Milliarden Mark (erhöhter Finanzausgleich) erstritten, die als Ausgleich für die Benachteiligungen als kleiner Stadtstaat ohne Hinterland gedacht sind. Diese Gelder sollen dem Abbau der Verschuldung dienen, indem sie

über 5 Jahre hinweg als Investitionshilfe für die Wirtschaft genutzt werden. Damit ist die Illusion verbunden, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, die Steuereinnahmen zu steigern und so die Zinsbelastungen zu verringern. Für die Erfüllung anderer öffentlicher Aufgaben steht davon keine Mark zur Verfügung. In den Anweisungen der Bonner Regierung ist vorgeschrieben, daß der Haushalt nicht mehr als drei Prozent pro Jahr wachsen darf. Die »Sparpolitik« geht also verstärkt weiter, unabhängig, welche der Parteien im künftigen Senat das Sagen hat.

CDU, FDP und AfB werfen der SPD und den Grünen nun vor, sie seien zu zögerlich bei den (im wesentlichen von allen geteilten) Maßnahmen. Sie treten für noch stärkere Unterstützung der Unternehmer ein und versprechen damit die Schaffung von Arbeitsplätzen – ein Versprechen, das sie nicht einlösen können.

Egoismus, Ellenbogenmentalität und Rücksichtslosigkeit sind die Begleiterscheinungen dieser »neuen« Politik. Deren Vertreter brechen – wenn auch widerstrebend – mit der Rücksichtnahme auf Familien mit geringem Einkommen, die diese Gesellschaft in immer größerem Maße produziert. Gesicherte Schulbildung für die Bessergestellten – der Rest interessiert nur am Rande. Freie Fahrt für den Lkw- und Wirtschaftsverkehr, damit die Waren schneller umgesetzt werden. Der Profit ist wichtig, die Auswirkung auf die Natur und die Gesundheit der Menschen müssen sich dem unterordnen.

Auch unter einem SPD-dominierten Senat werden künftig...

- ◆ Staatsbetriebe weiter privatisiert, die öffentliche Verwaltung »verschlankt«, was Arbeitsplatzvernichtung bedeutet;
- ◆ Investitionen für Industrieansiedlungen und neue Technologien reichlich gefördert;
- ◆ Gewerbeflächen nach Wünschen der Unternehmer bereitgestellt;
- ◆ direkte und indirekte Subventionen gezahlt.

Die SPD hat sich schon seit langer Zeit von ihrer Tradition, Partei der arbeitenden Bevölkerung zu sein, losgesagt und sich zur Volkspartei, wie die CDU, gewandelt. Die Krise stört inzwischen die Eintracht zwischen Kapital und Arbeiterklasse. Deshalb treten langjährige Mitglieder, die in Partei, Gewerkschaft und Staat auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung Karriere gemacht haben, aus der SPD aus und sammeln sich in der »AfB«. Sie verlassen ein sinkendes Schiff, verbinden ihre politische und materielle Zukunft mit jenen Parteien, die den »Ausweg« in der weiteren Belastung der arbeitenden Bevölkerung sehen. Sie berufen sich auf eine SPD unter Kaisen, die nach 1945 den gemeinsamen Aufbau des zerstörten Bremens durch Kaufmannschaft und Arbeiterschaft propagierte.

Und was bleibt dieser Partei, die nach der Niederlage des Faschismus sogar wortradikal von Sozialismus geredet hatte, unter den Gesetzen des Kapitalismus? Der

arbeitenden Bevölkerung ständig mehr zu nehmen und den Kapitalisten ständig mehr zu geben. Die SPD sieht sich gezwungen, auf ihre Wählerbasis unter den »kleinen Leuten« noch Rücksichten zu nehmen, bietet damit jedoch der CDU, FDP und der Abspaltung »AfB« Anlaß für demagogische Angriffe.

Unklare Opposition

Bremer Gewerkschaftskollegen sind im Wahlkampf aktiv geworden und wenden sich mit einer Unterschriftensammlung (siehe die 10.000-Mark-Anzeige im Weserkurier) gegen die Rechtsaußen-Gewerkschafter in der AfB, sowie gegen CDU und FDP. Nicht ausgesprochen ist es dennoch eine Aufforderung, deshalb der SPD die Stimme zu geben.

Durch diese Art von »Realpolitik« die Rechtsentwicklung und den Sozialabbau verhindern zu wollen, ist illusionär. Das Gegenteil ist der Fall, diese Kollegen werden die Erfahrung machen müssen, daß auch sie für die sich verschlechternden Lebensbedingungen verantwortlich gemacht werden, wenn sie diese SPD-Politik verteidigen.

Einen Ausweg gibt es nur, wenn wir dazu beitragen, daß sich ernsthafter und breiter Widerstand gegen diese wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse entwickelt. **Nicht die SPD muß verteidigt werden, sondern die arbeitende Bevölkerung muß unterstützt werden bei der Verteidigung ihrer sozialen Lebensbedingungen.**

Warum das Kreuz für die PDS?

Zum einen verstehen wir die Stimmabgabe bei der Parlamentswahl als Protest gegen die bürgerlichen Parteien. Die Rücksicht auf Stimmen, die der SPD in der Schlußrechnung möglicherweise fehlen, entfällt: Nicht die Stimmen, die die PDS erhält, werden der SPD fehlen für eine evtl. erneute Regierungsbildung, sondern diejenigen, die aufgrund ihrer Enttäuschung über die Politik der SPD auf den Urnengang verzichten. Die Ursache für das Wegbleiben ihrer Stammwähler liegt in der SPD selbst, nicht in der Kandidatur der PDS.

Zum anderen: Auch wir haben Kritik an Programm und Praxis der PDS. Wir können aber nicht von Wünschen und Vorstellungen ausgehen, wie eine Partei beschaffen sein sollte, die die Interessen der arbeitenden und der von der Arbeit ausgeschlossenen Menschen konsequent vertritt. Für uns steht auch nicht im Vordergrund, daß die Auseinandersetzungen um den Kurs der PDS – insbesondere nach dem 4. Parteitag im Januar (vgl. Arbeiterpolitik 1/95) – eher auf eine Spaltung als auf eine Vereinheitlichung der Partei hin-

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübke
Herstellung und Vertrieb: GFSA,
Gesellschaft zur Förderung des
Studiums der Arbeiterbewegung · Postbox 106426 · 20043 Hamburg

Wer ist die »AfB«?

Die Ampel-Koalition von SPD, FDP und Grünen entstand aus einer Position der Schwäche der SPD nach der Bürgerschaftswahl 1991: Mit 38,8 Prozent der abgegebenen Stimmen trennten sie nur noch etwa 8 Prozent von der traditionell schwachen CDU – noch 1987 hatte sie die absolute Mehrheit errungen! (Aussagekräftiger sind die absoluten Zahlen: 196.903 Stimmen 1987, 143.577 Stimmen 1991 – ein Verlust von über 50.000 Wählern.)

Nach der Wahl '91 hatte die SPD mit mehreren Partnern Koalitionsgespräche geführt. Eine Koalition mit den Grünen wurde von der Basis gewünscht, aber nicht im ganzen Funktionärskörper der SPD. Wedemeier, der sich dann für die Koalition mit FDP und Grünen entschied, war zu keiner Zeit unumstritten. Zur Halbzeit der Legislaturperiode, im Juni 1993 wurde gar an seinem Stuhl gesägt. Erst seine eindeutige Parteinarbeit für die Erhaltung des Klöckner-Werkes und deren Erfolg festigte seine Position. Er verstand es, als der konsequenteste Verteidiger der Arbeitsplätze aufzutreten, der auch neue Wege beschritt – und erntete dabei gleichzeitig die Zusammenarbeit des Klöckner-Betriebsratsvorsitzenden Sörgel und die Anerkennung von Betriebsfunktionären und Kollegen.

Im allgemeinen handelte aber die SPD mit ihren Koalitionspartnern im Sinne des Sanierungsprogramms, d. h. Förderung von Investitionen und eiserne Haushaltsführung. Es entstand Unmut darüber, daß einerseits verschiedene Renommierprojekte gefördert, andererseits aber für soziale Belange kein Geld da sein sollte. Skandale, Postenschiebereien und die Unfähigkeit der SPD, die Probleme der großen Mehrheit der Menschen in Bremen zu lösen, hat die Zahl der Stammwähler schon bei der letzten Wahl zurückgehen lassen.

In ihrer Kampagne nutzt die AfB in populistischer Weise diese Schwächen der SPD und der Grünen aus, und hofft, die Stimmung für einen »Wechsel« nutzen zu können.

Die bekannten Mitglieder der AfB stellen ein Sammelsurium von Funktionären dar, die dem rechten Flügel zuzurechnen sind, die sich in der Partei aus verschiedensten Gründen nicht durchsetzen konnten

oder nicht zum Zuge gekommen sind. Dazu gehören Funktionäre von DAG, Gewerkschaft der Polizei und ÖTV, sowie der unter Bremer Gewerkschaftern umstrittene IG-Medien-Bezirkssekretär. Dazu Politiker wie der Ex-BR-Vorsitzende Hettling, der frühere Bremerhavener Bürgermeister Lenz und Sparkassen-Vorstandsmitglied Rebers, der sich politisch u. a. als Law-and-Order-Vertreter gegen »Gammer« profiliert hat. Ihr Ausscheiden aus der SPD stellt keine Spaltung der Partei dar, denn an der Basis ist eine solche Spaltung nicht festzustellen. Und es gibt nach wie vor auch namhafte Politiker, die innerhalb der SPD die gleichen politischen Ansichten vertreten.

Gemeinsam ist denen, die unter »Arbeit für Bremen und Bremerhaven – AfA« firmieren, daß sie mit dem Ziel antreten, einen SPD/Grünen-Senat zu verhindern und dieses mit CDU und FDP zusammen erreichen wollen. Die Forderungen von CDU, AfB und FDP, die der Bevölkerung seit Wochen mit hoher finanzieller Unterstützung aus Wirtschaftskreisen eingehämmert werden, sind:

»Zügige und effektive« Durchsetzung des Investitionsprogramms »ohne Wenn und Aber« – als Voraussetzung für eine spätere wirtschaftliche Sanierung, d. h. konkret:

- ◆ Priorität für alle Investitionsvorhaben, von denen wirtschaftliche Interessengruppen (Einzelhändler, mittelständische oder Großunternehmer, Hoteliers, Spediteure usw.) glauben, daß sie für die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bremen von Bedeutung sind.

- ◆ Verbesserung der Infrastruktur für Unternehmensansiedlungen: durch auto-orientierte Verkehrspolitik und Gewerbeflächenerschließung ohne Rücksicht auf die begrenzten Bodenflächen der Stadt.

- ◆ radikalere Privatisierung von städtischen Gesellschaften.

- ◆ Zurückdrängung der sozialen und kulturellen Versorgung der ärmeren Teile der Bevölkerung.

- ◆ Zurückdrängung aller ökologischen Einwände, die den obigen Zielen entgegenstehen.

Sie reden von der letzten Chance für Bremen, von Arbeitsplätzen der Zukunft – verschweigen die Folgen ihrer Politik für die Bevölkerung und daß sie Arbeitsplätze überhaupt nicht zusagen können.

weisen. (Die Einheit der Arbeiterbewegung ist nicht der Ausgangspunkt, sondern das Ergebnis von langen und schwierigen Auseinandersetzungen.) Wir orientieren uns weder an den Spekulationen in der PDS-Führung um die Frage von Bündnissen und wieweit »links von der SPD« eine sozialistische Partei angesiedelt sein sollte, noch an den Zweifeln ihres Vorsitzenden Bisky, für den »Klassenauseinandersetzung« und »Arbeiterbewegung« fremde Begriffe sind, sondern an den Ansätzen tatsächlicher Bewegung und ihrer

Sammlung in der PDS, vor allem in den östlichen Bundesländern.

Die rückläufige Beteiligung an Wahlen, ob auf kommunaler, auf Länder- oder Bundesebene, ist zur Zeit Ausdruck von Orientierungslosigkeit unter den sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen. Das gilt vor allem für die Jugendlichen.

Die Grünen treten als Mittelstandspartei mit grünem Wimpel an die Stelle der FDP (vgl. Kasten »Jutta Ditfurth über die Grünen«). Sie entfallen als »Alternative« für

»Entleert von der sozialen Frage und vom Antikapitalismus...«

Jutta Ditfurth über die Grünen

1991 brach Jutta Ditfurth (Journalistin, IG Medien) mit der Partei der Grünen, die sie mitgegründet und der sie über 10 Jahre als Vorstandsmitglied angehört hatte. Über ihre heutige Bewertung der Grünen gab sie in einem Interview Auskunft (taz, 19.4.95), aus dem wir nachstehend zitieren:

»Wenn es nicht so tragisch wäre, daß die Grünen keine emanzipatorisch-ökologisch linke Partei mit gesellschaftlichem Einfluß mehr sind, könnten wir uns nur freuen über dieses reichhaltige Material für jedwede Form von Satire...

Immer mehr grüne Funktionäre verhalten sich kraß elitär und antisozial...

Da kombiniert sich das ideologische Überzeugungstütertum von ökorechten Denkern mit den technokratischen Ansätzen der machthungrigen Taktiker vom rosa-linken Flügel. Dabei geht es allein um Koalitionsfähigkeit...

Innerhalb der Grünen gibt es von Beginn an rechte bis rechtsextreme Strömungen. Freiwirtschaftler, AbtreibungsgegnerInnen, Deutschnationale und schließlich die Schwarz-Grünen nicht nur aus dem Süden der Republik, die jetzt langsam mehrheitsfähig in der Gesamtpartei werden. Was das inhaltlich bedeutet, läßt sich bei den hessischen Grünen besonders gut erkennen: ökologische Politik, vollständig entleert von der sozialen Frage und vom Antikapitalismus. Soziale Gleichheitsforderungen werden aufgegeben, und der grüne Frankfurter Stadtkämmerer steht für Zwangsarbeit für aufmüpfige Sozialhilfeempfänger. Brutale Abschiebungen von Flüchtlingen sind im rot-grünen Hessen an der Tagesordnung...

Die Wähler wählen grün, spenden für Greenpeace, müssen politisch selbst nichts mehr tun und können sich um die Karriere kümmern. Und die Partei bleibt ein bißchen originell, aber stellt die Übereinstimmung ihrer WählerInnen mit ihrer materiellen Basis, mit den herrschenden Verhältnissen nicht mehr in Frage. So erkaufte sie sich die Nichteinmischung in ihre internen Angelegenheiten, kann so korrupt agieren, wie sie will...«

von der SPD Enttäuschte wie auch für den aggressiver werdenden Protest aus dem autonomen Spektrum. Parlamentarisch können sich Protest und Widerstand nur noch ausdrücken in der Stimmabgabe für die PDS. Aber –

der Stimmzettel bringt keine wirkliche Änderung!

Die Stimmung in breiten Teilen der Bevölkerung drängt auf einen »Wechsel« – welche Illusionen auch immer sich für den einzelnen Wähler damit verbinden mögen. Die Unzufriedenheit nimmt zu. Wo sie sich konkret äußert, gilt es für uns anzusetzen:

◆ ob im Widerstand gegen Betriebsstillegungen,

- ◆ gegen das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen;
- ◆ gegen Projekte, von denen nur die Besserverdienenden etwas haben (Hafenverschönerung mit Einkaufs- und Vergnügungsmeile);
- ◆ gegen unsinnige Verkehrsprojekte;
- ◆ gegen die Schließung von Schwimmhallen;
- ◆ gegen Sparmaßnahmen im sozialen Bereich oder bei den Schulen.;

Das Volksbegehren des Zentralelternbeirats ist ein Beispiel für den Versuch, direkt Einfluß zu nehmen. Wollen wir uns nicht das Fell über die Ohren ziehen lassen, müssen wir uns um Protest und Widerstand gegen die Herrschenden organisieren. Bremen, 7.5.95 ■